



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 8

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 8

Verantwortlich: Dr. Max Hildebert Boehm
Schriftleitung: Bromberg, Welzienplatz 1 III
Fernruf Nr. 321

30. April 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Historische Grenzen. Bevölkerungskarte Westpreußens. Wohin gehört der Negebidistrikt? Berichtigung — Aus den Deutschen Volksräten — Pressestimmen: Die polnische Presse zur Danziger Frage. — Kleine Nachrichten.

Materialien zur ostdeutschen Frage

„Historische Grenzen“

Die Provinz Posen umfaßt keinerlei wirtschaftlich abgeschlossene Gebietseinheiten mit unzweifelhaft polnischer Volksmehrheit. Dank diesem Ergebnis einer unbestechlichen Statistik müßten die polnischen Loslösungsbestrebungen in den bekannten Forderungen der Wilsonschen Punkte keine Stütze finden. Polnische Verdrehungskunst versucht nicht allein, an dieser Tatsache zu deuteln, sondern versteift sich des weiteren, ebenso unter Berufung auf den Geist der Wilsonschen Thesen, auf die Gründe historischer Gerechtigkeit: Weil die Provinz Posen jahrhundertlang zu dem polnischen Reiche gehört habe, verlange nach ihrer Meinung der geschichtliche Gerechtigkeitsinn die völlige Wiederherstellung der Grenzen von 1772.

Der Appell an historische Ansprüche ist bei den nach Beendigung des Weltkrieges neu entstandenen Staaten sehr beliebt. Er erfreut sich desgleichen bei der feindlichen und neutralen öffentlichen Meinung ausgesprochener Sympathien, weil er auf den ersten Blick ebenso einleuchtend wie gerechtfertigt erscheint. Bei näherer Untersuchung ergibt sich jedoch die Oberflächlichkeit einer derartigen Anschauung, sobald diese allein die Geschichtszahlen berücksichtigt, ohne den kulturgeschichtlichen Ursachen auf den Grund zu gehen, die sich innerhalb einer geschichtlichen und an sich unbestrittenen Zeitspanne begeben haben.

Zunächst gibt die Berufung auf „historische Grenzen“ an sich schon einen sehr schwankenden Halt. Bei den wechselvollen Schicksalen, die wohl sämtliche Länder im Laufe der Jahrhunderte erlitten haben, ist es äußerst fragwürdig, welches denn das geschichtliche Normaljahr sein soll, das die endgültigen Grenzen eines Landes für ewige Zeiten festzulegen bestimmt ist. Jahreszahlen allein könnten hiernach schwerlich eine befriedigende Antwort geben. Was beispielsweise den Negebidistrikt anbelangt, so wäre es eine heikle Sache, nur aus reiner Geschichtskennntnis heraus zu entscheiden, ob dieses Gebiet den germanischen Stämmen „von Rechts wegen“ zuzähne, weil sie zu Beginn unserer Zeitrechnung dort ansässig waren, oder den Polen, die einige Jahrhunderte später die Germanen daraus verdrängten, oder etwa den Pommeren, die zwischen dem elften und dreizehnten Jahrhundert ihre Herrschaft zeitweilig bis über den Südrand des Negebruchs ausgedehnt hatten. Jede der drei Parteien könnte schließlich nur das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen, das Recht des Eroberers, der heute doch so sehr verpönt ist — die Germanen vielleicht noch ein stärkeres Recht, nämlich das des geschichtlichen Ureinwohners.

Der preußische Staat, der seit 1772 — unter Weglassung der kurzen napoleonischen Episode — die Reihe der Besitzer schließt, könnte in diesem Falle sogar die Rechtsnachfolger der ersten und alleinigen rechtmäßigen Eigentümer betrachten.

Die heutigen völkerrechtlichen Anschauungen, soweit sie unparteiisch und vorurteilsfrei sind, kennen aber besser fundierte Rechte, als die Berufung auf geschichtliche Besitzergreifungen, die, wie aus obigem hervorgeht, jeder Interessent nach seinen Ansprüchen umzumodeln und auszulegen imstande ist, nämlich die Rechte, die einem Volke die von ihm geleistete wirtschaftliche und kulturelle Erschließung eines Landes gibt, das also, was die französische Ausdrucksweise als „friedliche Durchdringung“ im Gegensatz zur „nackten Eroberung“ benennt. Nicht die Nation hat danach Anspruch auf ein Land und ein Herrschaftsrecht auf dessen Bewohner, die erobert und ihren Besitz festhält, sondern die durch emsige wirtschaftliche und kulturelle Arbeit das Land besiedelt und erschließt, ihm den Stempel ihres Geistes aufdrückt und somit auf dem Wege der allgemeinen Entwicklung der Menschheit fortschreitet. Legt man diesen Maßstab, den Engländer und Franzosen, sobald es sich um ihre Interessen handelt, ausdrücklich als berechtigt anerkennen, auch in unserem Falle an, so ergibt sich ein Bild, das sowohl dem deutschen Ansprüche, wie der Forderung historischer Gerechtigkeit Genüge tut.

Deutsche Ansiedler sind es, die im Jahre 1346, gerufen von dem polnischen König Kasimir, die Stadt Bromberg — bis dahin bestand daselbst nur eine Burg — von Grund auf erbaut, besiedelt und zur Blüte gebracht haben. Deutsche Sitte und deutsches Recht wurde seit dieser Zeit im Negebistritz heimisch und setzte sich an die Stelle roher barbarisch-polnischer Unkultur. Deutsche Arbeit und Tüchtigkeit ferner ermöglichten seit 1772 einen abermaligen Aufschwung dieses durch polnische Mißwirtschaft wiederum an den Rand wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruchs gelangten Gebietes.

Deutscher Geist hat das Posener Land befruchtet; seine Segnungen sind dem polnischen Volke in gleichem Maße zugute gekommen und haben es vor weiterer Versumpfung bewahrt.

Was will gegen diese unumstößliche Wahrheit die Berufung auf die „historischen Grenzen“ besagen!

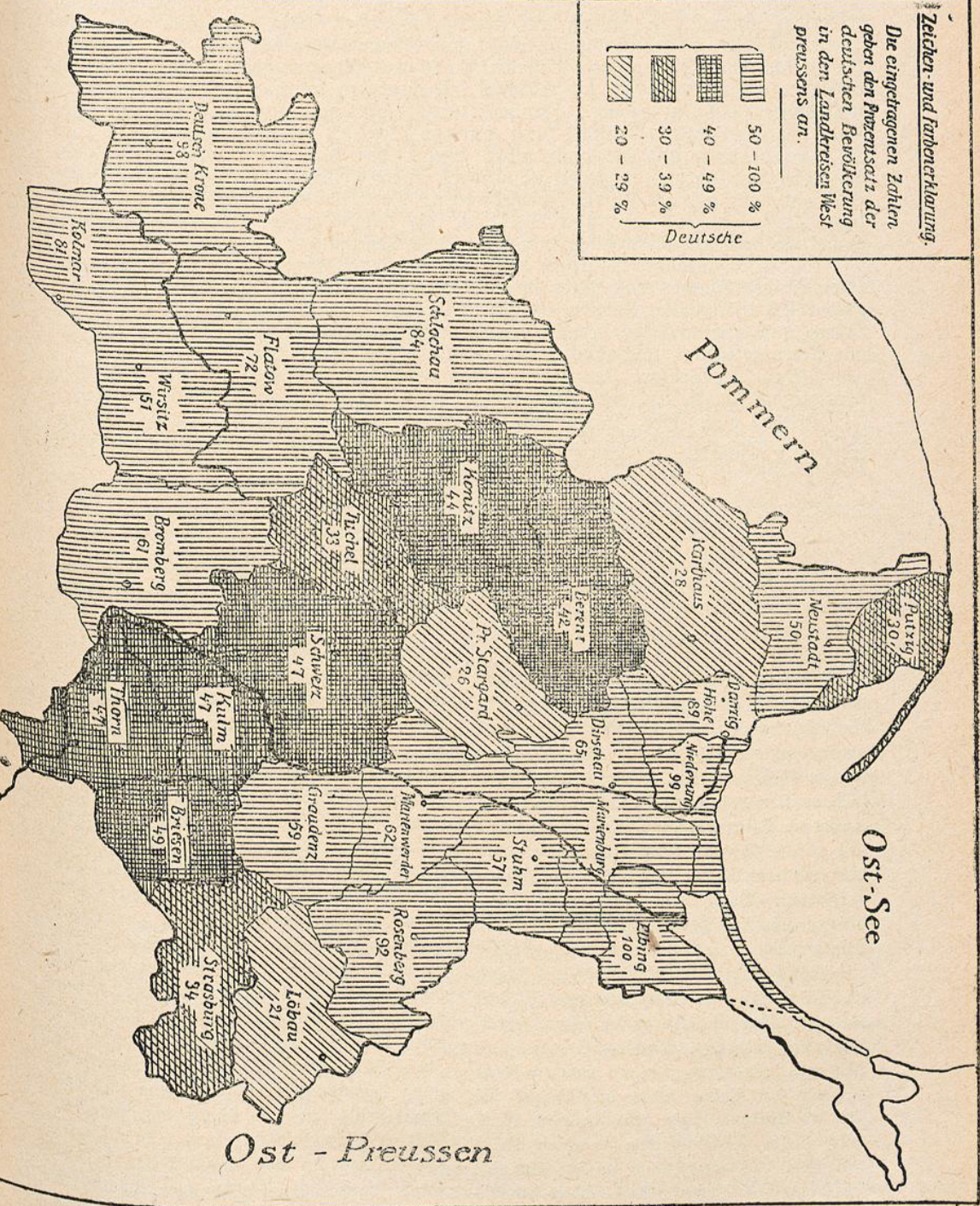
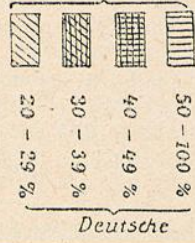
Unser ist das Land, denn unser war die Arbeit!

Bevölkerungskarte Westpreußens

In anschaulicher Weise wird auf der beiliegenden Karte nachgewiesen, daß eine unbestreitbare polnische Bevölkerung in keinem einzigen der 25 Landkreise Westpreußens vorhanden ist, denn wenn selbst der ungünstigste Kreis Löbau noch 21 Prozent Deutsche, also über ein Fünftel der Bevölkerung enthält, so kann selbst er unmöglich als unbestreitbar (indisputably) polnisch, wie es in den 14 Artikeln Wilsons gefordert wird, angesprochen werden. Außer in ihm betragen nur noch in zwei Kreisen, Karthaus und Pr. Stargard, die Deutschen weniger als 30 Prozent, aber mehr als ein Viertel der ganzen Bevölkerung. Zwischen 30 und 35 Prozent haben drei Kreise, Strasburg, Tuchel und Putzig. Alle anderen zählen über 40 Prozent, und zwar sechs zwischen 42 und 49 und nicht weniger als dreizehn zwischen 50 und 100 Prozent. In den Kreisen der vier großen, über 20000 Einwohner zählenden Städte vollends ist die deutsche Mehrheit ganz gewaltig. Sie beträgt in Elbing 100 Prozent, in Danzig 97 Prozent, in Graudenz 85 Prozent und selbst in dem nahe an der polnischen Grenze gelegenen Thorn noch 66 Prozent. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß für Westpreußen eine Volksabstimmung überhaupt nicht in Frage kommt. Denn abgesehen davon, daß die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit fast zwei Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht, nämlich auf rund 1700000 Einwohner rund 1100000, ist auch ihre Verteilung über das ganze Land hin so gleichmäßig, daß in sieben von neunundzwanzig Kreisen eine deutsche Mehrheit vorhanden ist, in sechs eine starke Minderheit von 42 bis 44 Prozent, und daß die drei einzigen Kreise, in denen die deutsche Bevölkerung weniger als 30 Prozent beträgt, wie vereinzelt Inseln aus dem Meere auftauchen.

Zeichen- und farbenklarung.

Die eingetragenen Zahlen geben den Prozentsatz der deutschen Bevölkerung in den Landkreisen Westpreussens an.



5*

Aber auch die drei wichtigsten Behauptungen der Polen werden schlagend widerlegt, einmal daß Danzig auf slawischem Boden liege, eigentlich nur eine „germanisierte“ Slawenstadt und rings von Slawen umgeben sei. Und dann die ebenso unwahre Behauptung, daß die Polen das Meer in geschlossenem Bestande erreichen, und endlich daß die Weichsel fast durchweg durch polnisches Land fließe und daher zu Polen gehöre. Zunächst leuchtet ein, daß eine Stadt wie Danzig, die selbst 97 Prozent Deutsche und nur höchstens 2 bis 3 Prozent Polen und Kaschuben enthält und die nach allen Seiten hin von einer ganz überwiegend deutschen Bevölkerung umgeben ist, nur in einem Gehirne, das die Wahrheit nicht erkennen will, sich als slawisch spiegeln kann. Denn sowohl der Kreis Danzig-Höhe und Niederung als der von Dirschau, die um Danzig herumliegen, zeigen gewaltige deutsche Mehrheiten von 65 bis 99 Prozent.

Ebenso unwahr ist aber auch die zweite Behauptung. Denn nirgend erreichen die Slawen das Meer im geschlossenen Bestande. Wie die Karte zeigt, ziehen sich drei breite Brücken deutschen Landes und Volkes von Westen nach Osten und trennen die südlich gelegenen Polen von der See und den einzigen am Meer gelegenen kaschubischen Kreis Puzig von den andern.

Daß die Weichsel von ihrem Eintritte in Westpreußen an bis zur See überwiegend durch deutsches Land fließt, lehrt ein flüchtiger Blick auf die Karte.

Also auch hier stehen wie in allen übrigen Punkten die polnischen Behauptungen auf sehr schwachen Füßen und können für sich nicht die geringste Berechtigung in Anspruch nehmen.

Wohin gehört der Nezedistrikt?

Wir beginnen nachstehend den Abdruck einer vom Deutschen Volkst rat Bromberg herausgegebenen Denkschrift aus der Feder Professor Karl Adamek's.

I.

Besitztitel Preußens. Zu den heute von den Polen als alles polnisches Staatsgebiet in Anspruch genommenen Landesteilen Preußens gehört auch der Nezedistrikt. Er bildete einen Teil des Gebietes, das Friedrich der Zweite in der ersten polnischen Teilung erwarb und wurde im Osten begrenzt durch die Weichsel von südlich Schulitz bis südlich Culm. Von dort zog seine Grenze in flachem, nach Süden geöffnetem Bogen bis zur pommerischen Grenze nördlich Jastrow, folgte dann der pommerischen und brandenburgischen Grenze bis südlich der Dragemündung und schloß im Süden ein die Stadtteile von Gilehne, Radolin, Budzin, Margonin, Ggin, Znin, Gonsawa, Mogilno, Gembiz, Strelno und Argenau. Die Frage ist, mit welchem Recht nehmen die Polen heute dies Gebiet für sich in Anspruch bzw. mit welchem Recht wird dieser Anspruch von deutscher Seite bestritten. Es handelt sich zunächst um eine staatsrechtliche Frage. Das Gebiet ist bis 1772 ein Bestandteil des Königreichs Polen

gewesen. Als damals der zu Ioder gefügte polnische Staat dem russischen Ausdehnungsbestreben keinen Widerstand entgegenzusetzen vermochte, griff auch Friedrich der Zweite zu, um durch die Besitzergreifung polnischen Gebietes die notwendige Verbindung zwischen seinen Stammländern und Ostpreußen herzustellen. Im Herbst 1772 schließt er einen Vertrag mit Rußland, in dem ihm das später Westpreußen genannte Gebiet, das alte Pommerellen, zugesprochen wird und weiter südlich das Gebiet bis zur Neze. Tatsächlich griff Friedrich nach Süden über die Neze hinaus. Aus dem Vertrage mit Rußland konnte Preußen naturgemäß keinen rechtsgültigen Besitztitel herleiten. Ein solcher wird aber für Preußen geschaffen durch die am 1. September 1773 erfolgende Genehmigung der Abtretung Westpreußens und des Nezedistrikts an den König von Preußen. Danach wird der Nezedistrikt nicht nur tatsächlich, sondern auch staatsrechtlich ein Bestandteil des Königreichs Preußen. Allerdings fällt unter den so erworbenen Besitztitel nicht

der südlichste Teil des Gebietes, ein Stück der Wojwodschafft Inowraclaw, das Friedrich erst 1774 besetzt und für das er erst am 22. Mai 1775 die Hulldigung empfängt. Auch dieser Besitz ist aber von Polen später nicht angefochten worden. Für den größten, südlichen Teil des Nezedistrikts gibt nun Preußen im Tilsiter Frieden sein Besitzrecht wieder auf. Er fällt mit Süd- und Neuostpreußen an das neu gebildete Großherzogtum Warschau. Bei der Neuordnung der europäischen Verhältnisse durch den Wiener Kongreß wünscht Preußen die vorzugsweise von Polen bevölkerten Teile seines früheren polnischen Besitzes nicht zurückzunehmen und fordert nur den Nezedistrikt als überwiegend deutsch bevölkertes Gebiet. Es sollte heute nicht unerwähnt bleiben, daß es damals gerade England und Frankreich sind, die, um eine zu große Stärkung Rußlands besorgt, Preußen damals drängen, mehr polnisches Gebiet zurückzunehmen. Im Oktober 1814 äußerte der englische Bevollmächtigte, Lord Castlereagh, in einer Note, er begreife nicht, warum Preußen sich nicht auf Kosten eines Gegners schadlos halte, der nach den Prinzipien des Völkerrechts die Gesamtheit seiner politischen Rechte eingebüßt habe. Der Franzose Talleyrand meinte in einer Note vom 19. Dezember 1814, die polnische Frage sei nur eine einfache Angelegenheit der Teilung und Grenzfestsetzungen, die die beteiligten Staaten unter sich abzumachen hätten. Friedrich Wilhelm der Dritte gibt schließlich widerwillig nach, und so kommt bereits am 31. Dezember 1814 ein Beschluß sämtlicher Großmächte zustande, Polen unter Österreich, Preußen und Rußland zu teilen. In der Kongreß-Hauptakte vom 9. Juli 1815 wird dann der 1807 abgetretene Teil des alten Nezedistrikts und das übrige Gebiet der heutigen Provinz Posen zu „vollkommenem Eigentum“ zugesprochen. Es handelte sich also nicht, wie von polnischer Seite später behauptet wurde, um die Schaffung einer Personalunion, sondern um eine völlige Einverleibung in das „Eigentum“ des Königs, d. h. in den preußischen Staat, denn nach der Auffassung der abschließlichen Zeit, die auf dem Wiener Kongreß noch rein vertreten ist, ist das

Staatsgebiet Eigentum des Fürsten. Der König hat allerdings später den Titel eines „Großherzogs von Posen“ angenommen, das konnte aber staatsrechtlich nichts anderes bedeuten, als die Führung des Herzogtitels von Preußen oder des Titels des Grafen von der Mark. Die Führung solcher Untertitel hat bei den preußischen Königen immer nur historische Bedeutung gehabt. Auch daß Friedrich Wilhelm in dem Fürsten Radziwill einen Statthalter für Posen ernannte, hatte keinen anderen Sinn als den eines freundlichen Entgegenkommens ohne weitere Folgerungen, denn neben den Statthalter wurde ein Oberpräsident gesetzt und somit das neue Gebiet ganz als Provinz des preußischen Staates behandelt. Auch daß an den Staatsgebäuden Posens der preußische Adler den weißen polnischen Adler im Brustschild trägt, ändert nichts daran. Das Wappenzeichen ist eben der preußische Adler, und der polnische im Brustschild hat heraldisch nur den Sinn, daß polnisches Gebiet in preußisches einverleibt ist.

So ist die durch die Wiener Kongreß-Hauptakte bestimmte Einverleibung tatsächlich vollzogen und damit rechtskräftig geworden. Auch der 1807 verloren gegangene Teil des Nezedistrikts ist damit in aller Form des gültigen Staatsrechtes aufs neue ein Bestandteil des preußischen Staates geworden. Auf zwei Titeln ruht mithin das Besitzrecht Preußens am Nezedistrikt: für den kleineren nördlichen Teil auf dem Beschluß des polnischen Reichstages vom 1. September 1778, für den größeren südlichen auf der Wiener Kongreß-Hauptakte vom 9. Juli 1815. Beide Beschlüsse sind ihrerzeit von allen Beteiligten als rechtskräftig und rechtsverbindlich betrachtet und von keiner befugten Seite angefochten worden. Die Bevölkerung des Nezedistrikts hat beide Male die Hulldigung ohne Vorbehalt geleistet. Nach formalem Recht kann mithin nur der preußische Staat als Besitzer dieses Gebietes in Frage kommen.

(Fortsetzung folgt.)

Berichtigung

In der Nummer 1/2 der Mitteilungen brachten wir auf Seite 7 eine Karte der im

Waffenstillstandsvertrag vereinbarten Demarkationslinie. Fälschlicherweise geht die in der Karte eingezeichnete Demarkationslinie im Westen der Stadt Birnbaum vorbei. Tatsächlich war ja auch zunächst festgesetzt worden, daß die Stadt Birnbaum innerhalb

des polnischen Okkupationsgebietes liegen soll. Es ist aber nachträglich den Bemühungen des deutschen Kreisvolksrates Birnbaum gelungen, durchzusetzen, daß die Demarkationslinie nunmehr etwa acht Kilometer östlich der Stadt verläuft.

Aus den Deutschen Volksräten

Fortschritte der Volksratsbewegung. Die Deutschen Volksräte marschieren! Es geht mit Riesenschritten vorwärts. Unheil drohende Gefahr hat den nationalen Gedanken aufs neue entfacht, das Deutschtum findet sich, schließt sich zusammen. Noch gibt es kleine Reibungen mit dem Parteigoismus von einst, von rechts und links wird die sich mächtig ausdehnende Volksratsbewegung von einzelnen durch die aus alter Gewohnheit noch auf der Nase sitzende Parteibrille argwöhnisch angesehen. Kleine Geister sind es, sie haben mit ihrem politischen Krämerfuss noch nicht den Ernst der Zeit und die aus diesem Ernst entsprungene Pflicht jedes einzelnen, der sein Volkstum liebt, begriffen. Und sein Volkstum liebt jeder. Der Arbeiter und Bauer, der Kaufmann und der Beamte, der Soldat und der Handwerker ist vor allem anderen zuerst Deutscher. In diesem Punkte sind sie eins. In dieser Übereinstimmung sammelt sie zu Schutz und Trutz gegen jede fremdstämmige Einwirkung der Deutsche Volksrat.

Laßen wir den Eigenbrödlern und Kurzsichtigen ruhig noch Zeit zur Überlegung, die großen Massen ohne Unterschied der Partei haben bereits erkannt, daß die Rettung ihres Volkstums nur in den Deutschen Volksräten liegt. Daher auch die große Aus-

breitung des Volksratsgedankens in den letzten Wochen. Aus der großen Zahl der Neugründungen von Deutschen Volksräten in den letztvergangenen Tagen verzeichnen wir heute folgende:

Deutsche Volksräte der Grünfließ-Niederung,
 Deutscher Volksrat Al. Morin,
 Deutscher Volksrat Groß Neudorf,
 Deutscher Volksrat Adl. Brühlisdorf,
 Deutscher Volksrat Essendorf,
 Deutscher Volksrat Wielno,
 Deutscher Volksrat Hopfengarten,
 Deutscher Volksrat Eichdorf,
 Deutscher Volksrat Wilsche,
 Deutscher Volksrat Mühlfthal,
 Deutscher Volksrat Schröttersdorf = Groß
 Bartelsee,
 Deutscher Volksrat Falkenburg-Magtal.

In allen Orten herrscht freudige Begeisterung für den Zusammenschluß, ein Beweis, wie die Deutschen der Ostmark die Sammlung in den Volksräten als Bedürfnis der gegenwärtigen Stunde empfinden. Nun ebenso freudig an die Arbeit! Verschließt keinem das Tor, er sei nach Beruf und Partei wer er auch sein möge. Zieht die Tüchtigen, die geistig regen aus allen Ständen heran zur Arbeit für das deutsche Volkstum.

Kundgebungen

Der deutsche Volksrat Zilehne sandte an die Waffenstillstandskommission, an das auswärtige Amt und an das Eisenbahnministerium nachstehendes Telegramm:

Im Hinblick auf den demnächst zu erwartenden Durchzug der Gallerschen Truppen durch Kreuz hat sich im Kreise Zilehne eine große Beunruhigung verbreitet in der Be-

fürchtung, die polnischen Truppen könnten womöglich eigenmächtig den Bahnhof Kreuz und damit die Ostbahn in ihre Gewalt bringen oder die nahen polnischen aufständischen Truppen, die schon jetzt eine Bedrohung unseres Kreises bilden, in gefährlicher Weise verstärken. Wir bitten daher dringend, dafür zu sorgen, daß ein Aufent-

halt des Transportes aus irgend einem Grunde in Kreuz unterbleibt und daß Sicherheiten von der Entente verlangt werden dahingehend, daß die Hallerschen Truppen nichts gegen die unbefetzten Teile der Provinz Posen unternehmen.

Lissa i. Posen, 9. April. Folgendes Telegramm wurde an das Auswärtige Amt, Berlin, Reichsregierung Weimar und an den Abg. Beuermann (Nationalversammlung) abgesandt:

Die Deutschen West- und Südpolens und die auf treuer Wacht gegen die Polen stehenden Heimatschutztruppen erheben in vollster Einmütigkeit gegen die Absicht, die polnischen Divisionen des Generals Haller, in die viele aus der Provinz Posen gebürtige ehemals dem deutschen Heere angehörnde und in französische Kriegsgefangenschaft geratene Polen eingereicht sind, über Lissa zu transportieren, den schärfsten Einspruch. Was für Danzig geltend gemacht worden ist, gilt noch vielmehr für Lissa. Die deutsche Bevölkerung, die ihr alles im Kampfe gegen die Polen eingesetzt, sich noch heute bis zu dieser Stunde gemeinsam mit dem Heimatschutz trotz des Waffenstillstandes der fortgesetzten Angriffe der Polen zu erwehren hat und mit dem größten Mißtrauen der Überführung der die Polenfront verstärkenden polnischen Divisionen entgegensieht, ist aufs tiefste beunruhigt über die Nachgiebigkeit der Regierung der Entente gegenüber, ist entrüstet über die Leichtfertigkeit des Vertreters der Regierung, der ohne Kenntnis oder Berücksichtigung der Stimmung des deutschen Volkes und der Heimatschutztruppen, Vereinbarungen mit der Entente trifft, die uns alle, die wir uns preisgegeben glauben müssen, zur Selbsthilfe treiben muß. In letzter Stunde mahnen wir die Regierung, die Vereinbarung, die polnischen Divisionen über Lissa zu überführen, rückgängig zu machen. Wir müssen sonst der Regierung die Verantwortung für eine Volksverheerung, für einen Widerstand der Garnisonen des Heimatschutzes und für einen Kampf um Sein oder Nichtsein zuschieben, deren Wucht und Folgen nicht einzudämmen und unabsehbar wären.

Die vereinigten deutschen Volksräte
Westpolens
gez. Kriefel.

Beim Deutschen Volksrat in Lissa ging folgendes Telegramm der Deutschen Waffenstillstandskommission ein:

Seitens der Entente ist volle Garantie gegeben, daß die Hallerschen Divisionen nicht innerhalb der Reichsgrenzen von 1914, sondern nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den von Deutschland geräumten, ehemals russischen Gebieten verwendet werden. Schärfste Manneszucht der Truppen, Unterlassung aller nationalistischen Kundgebungen sind in jeder Beziehung gewährleistet. Transporte werden von besonders ausgewählten Begleitoffizieren der Entente begleitet, die für Durchführung der getroffenen Vereinbarungen verantwortlich sind und mit den deutschen Bahnhofskommandanten zusammenarbeiten. Im vaterländischen Interesse liegt es, daß die Durchführung der Transporte glatt erfolgt und daß ihnen keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden, besonders auch jegliche Kundgebung von deutscher Seite gegen die polnischen Truppen unterbleibt. Alles muß getan werden, damit die aus vaterländischer Gesinnung geborenen Befürchtungen nicht zu Schritten führen, die die schwersten Folgen für den deutschen Osten und unser Vaterland haben könnten. Überall bitte ich zu verbreiten, daß Befürchtungen für die Heimat aus Anlaß der Transporte polnischer Truppen durch Deutschland unbegründet sind und die größte Zurückhaltung gegenüber diesen Transporten vaterländische Pflicht ist.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
General von Hammerstein.

Am 28. März d. J. sandte der Deutsche Volksrat Jordan an das Auswärtige Amt, Ministerpräsident Scheidemann und an die Waffenstillstandskommission folgenden Protest: „Dadurch, daß Reichsminister Erzberger auf der Versammlung am Sonntag, den 23. März, keine ausreichende Antwort über das Schicksal Polens geben konnte, ist die Unruhe der Bevölkerung des Regedistrikts erschrecklich gesteigert worden. Die Reichsregierung sei dessen gewiß, daß eine Preisgabe unserer Heimat mit blutigem Kampfe beantwortet werden wird. Haben wir vier Jahre hindurch für unsere Heimat gekämpft, so kämpfen wir weiter.“

Darauf ging folgende Antwort ein:

Dem deutschen Volksrate Gordons und der Umgegend spreche ich für die dem Auswärtigen Amt unter dem 28. März telegraphisch übersandte Protestkundgebung gegen die Gewaltpolitik unserer Feinde den verbindlichsten Dank aus. Ich bitte versichert zu sein, daß die Reichsregierung nach wie vor ausschließlich die von ihr angenommenen 14 Punkte Wilsons als Grundlage für die Friedensverhandlungen anerkannt und jeden Versuch einer Vergewaltigung deutscher Interessen und deutscher Rechte mit aller Bestimmtheit zurückweisen wird. Das Auswärtige Amt begrüßt deshalb die in überwältigender Fülle eingehenden Kundgebungen der Bevölkerung mit besonderer Genugtuung, da unsere Unterhändler auf der Friedenskonferenz nur dann Aussicht haben, ihrer schweren Aufgabe gerecht zu werden, wenn sie den Nachweis zu erbringen vermögen, daß die berechtigten Ansprüche der Reichsregierung von dem unerlöschlichen Willen des gesamten deutschen Volkes getragen werden.

Nach diesen Grundsätzen kann für den von einer vorwiegend deutschen Bevölkerung bewohnten Nejedistrikt keine Gefahr bestehen, wofern im Falle der Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes auf die Regelung der territorialen Zugehörigkeitsfrage des Nejedistrikts jeder wahlberechtigte Deutsche, ob Mann oder Frau, sich seiner Verantwortung voll bewußt ist und sich durch keine Gründe abhalten läßt, am Wahltage seiner Wahlpflicht zu genügen. Es ist mit in erster Linie Aufgabe der Behörden und Verbände der lokalen Räteorganisationen und Berufsvertretungen usw., die breiten Massen rechtzeitig darüber zu belehren, daß nicht weniger als die Erhaltung ihrer völkischen, wirtschaftlichen und kulturellen Existenz auf dem Spiele steht. Auch muß der vielverbreiteten, durch aus irrigen Auffassung entgegengetreten werden, daß die Loslösung vom Deutschen Reiche für den betroffenen Bevölkerungsteil eine Besserstellung im Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen, sowie eine Befreiung von den Kriegsschulden und Entschädigungsverpflichtungen des alten Vaterlandes mit sich bringen würden. Bernstorff.

Lobfens, den 28. März 1919. In einer von etwa 300 Deutschen aus Lobfens und Umgegend besuchten Versammlung wurde folgende Kundgebung beschlossen und an das Auswärtige Amt und Ministerium des Innern gebracht:

Erzbergers Haltung begründet ernste Befürchtung, daß Posener Land von Reichsregierung preisgegeben werden wird. Der Nejedistrikt ist deutsch und muß deutsch bleiben. Deutschland kann einen Frieden, der uns zur Abtretung zwingt, nicht annehmen, denn Auslieferung der Ostmark an Polen bedeutet Niederreißung des letzten Damms gegen den Bolschewismus. Wir Deutschen von Lobfens und Umgegend wollen uns nicht vergewaltigen lassen, sondern fordern das Selbstbestimmungsrecht für uns. Wir sind bereit, mit Gut und Blut für die Erhaltung unserer Heimat einzutreten.

Deutscher Volksrat des Bezirks Lobfens.

An das Ministerium des Innern und an die Oberste Heeresleitung:

„Erzberger will uns an Polen verschachern. Das lassen wir uns nicht gefallen. Wir bleiben deutsch! Und wenn man unsere Liebe zum deutschen Vaterlande nicht achtet, werden wir aus eigener Kraft für Ehre und Bestand unserer Heimat einzutreten wissen.“

Deutscher Volksrat von Gr. Mendorf und Adl. Brühlsdorf.“

Auswärtiges Amt, Berlin.

Der Deutsche Bauernrat des Kreises Hohensalza Nord ist empört über Erzbergers Preisgabe der Provinz Posen. Wir erwarten, daß die Regierung das von unseren Vorfahren aus polnischer Unkultur zu deutscher Kultur gebrachte und seit Jahrhunderten gegen das Polentum zäh verteidigte Land dem Deutschtum unbedingt erhält. Wir sind entschlossen, in aller Zukunft unsere Heimat mit Waffengewalt zu schützen.

Deutscher Bauernrat.

Niemer. Gutknecht.

* * *

Reichspräsident Ebert, Berlin.

Der schändliche Verrat eines Reichsministers am ostmärkischen Deutschtum hat hier äußerste Erbitterung hervorgerufen.

22 rein deutsche Ortschaften mit rund 50000 Einwohnern erwarten, daß die Regierung mit allen Mitteln die Ostmark vor polnischer Sklaverei bewahrt. Wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben.

Deutscher Volksrat Grünkirch u. Umgegend.
Kufuf. Schmidt.

* * *

Reichsministerpräsident Scheidemann,
Weimar.

Ungefähr 500 bei einer Versammlung des deutschen Volksrats anwesende deutsche Frauen und Männer von Wiffel und Umgegend fordern die Reichsregierung dringend auf, keinen Friedensvertrag zu unterzeichnen, in dem auch nur ein Fuß deutschen Bodens von unserem Vaterlande losgetrennt werden sollte; desgleichen legen sie schärfsten Protest ein gegen jede Landung polnischer Truppen in Danzig, da sie darin die größte Gefahr für die Ruhe und Sicherheit in Westpreußen und in der Provinz Posen erblicken.

Außerdem machen sie darauf aufmerksam, daß wenn die Regierung gegen den Willen der deutschen Ostmärker deutsche Lande an Polen abtreten würde, sie sich sofort aus eigener Machtvollkommenheit gegen ein Eindringen der Polen zur Wehr setzen würden und eine Regierung, die so wenig festen Willen, so wenig Nationalgefühl besitzt, als zu Recht bestehend, nicht mehr anerkennen könnten.

Die deutschen Volksräte von Wiffel und Umgegend.

Severin. Rid. Krüger. Büttner. Orland.
Hennicke. Laase. Klatt. Ebert.

* * *

Der Deutsche Volksrat Seehof sandte an die Reichsregierung folgende Kundgebung:

Zweihundert deutsche Männer und Frauen von Seehof, Kunau und Blugowo erheben klammernden Widerspruch dagegen, daß sie wie das Vieh an Polen verschachert werden sollen. Als Pioniere der Ostmark stehen wir

treu hinter einer Regierung, die Nationalgefühl, festen Willen und deutsche Kraft beweist, müßten uns aber von einer Regierung abwenden, die uns Deutsche der Ostmark verkauft und verrät. — In die Waffenstillstandskommission ging ein ähnliches Telegramm.

* * *

Danzig-Langfuhr, den 29. März 1919.

In gemeinsamer Abwehr polnischer Gefahr fordern wir, daß die Ostmark dem Reiche erhalten bleibe. Wir bestehen auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und werden daher keinen Friedensvertrag anerkennen, der über unseren Willen hinweggeht. Westpreußen und der Regedistrikt: up ewig ungedeckt.

Deutscher Volksrat für Westpreußen.

* * *

Wodel, 30. März 1919. Die neugegründeten Volksräte der Grünfließniederung, der die Ortschaften Altendorf, Bergbruch, Bismarkstreu, Erika, Groß-Wodel, Grünkirch, Grünthal, Grünweiler, Jarken, Jesuitenbruch, Johannisdorf, Kempa, Klein-Wodel, Feulinden, Steinfurt, Waldeshausen, Waldesruh, Weißenberg, Weisenau, mit jetzt bereits über 1500 Mitgliedern angeschlossen sind, erklären, daß sie mit Gut und Blut Schulter an Schulter mit der hier stehenden neunten Freiwilligen-Kompagnie Grenzschutz Ost für das Deutschtum ihrer Heimat eintreten werden. Lieber tot als polnisch.

Vogeler, Hauptmann. Krause, Pfarrer.

* * *

Reichsminister Scheidemann, Weimar.

Deutsche Vereinigung Kreuz und Umgegend bedauert lebhaft gerüchtweise bevorstehenden Rücktritt des Grafen Ranzau und protestiert aufs schärfste gegen Ersetzung durch Erzberger.

Deutscher Volksrat Kreuz und Umgegend.
Dr. Rohde. Hoest.

Pressestimmen

Die polnische Presse zur Danziger Frage

Wir geben nachstehend einige polnische Presseäußerungen zur Danziger Frage. Zunächst eine Auslassung aus der Zeit vor den Verhandlungen in Spaa, die in ihrer Mischung aus Geschichtsklitterung, Anmaßung und rührenden Unschuldsbeteuerungen ein schönes Bild polnischer Sinnesart gibt.

„Graca“ Nr. 11 vom 16. März.

Unter dem Zeichen Danzig. Der vergangene Sonntag und die folgenden Tage standen in ganz Polen unter dem Zeichen Danzig.

Es gingen nämlich heunruhigende Gerüchte, daß für Polen die Wiedertekehr Danzigs, das geraubt ist durch Preußen gegen alles göttliche und menschliche Recht, zweifelhaft sei.

Es genügte das, um in ganz Polen die allergrößte Sorge hervorzurufen um unsere schöne Burg am Meer, die dasteht wie der Schlüssel zu unserm Lande. Es genügt das, um auch die Trägsten in Bewegung zu bringen und das Gewissen des ganzen Volkes zu elektrifizieren.

Um den Gefühlen und Wünschen des Volkes Ausdruck zu geben, erging im ganzen Lande die Parole, den 9. März einer großen Kundgebung zu weihen, die in einer deutlichen und keinen Zweifel lassenden Weise der Welt zeigen sollte, was alles das polnische Volk in der Sache Danzig von der Friedenskonferenz erhofft und was es kategorisch fordert.

Es fanden also an diesem Tage überall große Versammlungen und Kundgebungsaufzüge statt. Die Zeitungen weiheten der Sache Danzig eigene Nummern. Die städtischen Räte und Korporationen aller Art veröffentlichten entsprechende Aufrufe und Resolutionen.

Und unser Landesteil ließ sich nicht durch andere überholen. Posen, das in seinen Mauern die große interalliierte Mission beherbergt, benutzte um so eifriger die Möglichkeit, die Alliierten mit den Gefühlen und Wünschen des Volkes bekannt zu machen.

Es fand daher in unserer Stadt eine imposante Versammlung statt, die mit der entsprechenden Resolution, die Rückgabe Danzigs fordernd, schloß. Nach der Versammlung begab sich das Volk dicht gedrängt vor das Schloß, der Sitz der Alliiertenmission, um dort für die Sache Danzigs zu demonstrieren. Am anderen Tage, am Montag abend, wiederholte sich der Aufzug. Eine vieltausendköpfige Menge versammelte sich auf dem Alten Markt, um sich mit Standarten und Fahnen unter Absingen von Liedern nach dem Platz vor dem Schlosse zu begeben, wo nach entsprechenden Ansprachen des Abgeordneten Nowicki und des Pfarrers Ludwiczak sich nicht endenwollende Hochrufe erhoben. Darauf begab sich der Zug zum Mickiewiczdenkmal, wo wieder Ansprachen und Hochrufe erschollen, dann zog er durch die Alleen und die Neue Straße zum Alten Markt, von wo sich die Teilnehmer dieser prächtigen und imposanten Kundgebung nach Hause zerstreuten. Überflüssig ist es hinzuzufügen, daß alles in der musterhaftesten Ordnung verlief. Es war auch keine deutsche Polizei da, die mit ihrem hochmütigen und provozierenden Auftreten die Bevölkerung hätte provozieren können. Die Deutschen, die zufällig in die Boge des dicht gedrängt vorwärtsschreitenden Volkes gerieten, unterhielten sich ruhig und von keinem belästigt auf Deutsch. Es war weder unsere Polizei da, noch die Volkswehr, mit einem Wort niemand, der ex officio die Ordnung aufrecht erhielt. Die Bevölkerung selbst sah auf Ordnung und bewahrte sie so musterhaft, wie es sich für ein folgames und ruhiges Volk gehört.

Jetzt weiß wenigstens die Alliiertenmission vollständig, welches der Standpunkt des polnischen Volkes in der Sache Danzigs ist. Auch die Vertreter der deutschen Regierung haben ihn erfahren, die gerade zu der Zeit, als der Zug vor das Schloß kam, mit der Mission über die Demarkationslinie und mit dieser Frage zusammenhängende Angelegenheiten konferierten. Jeder, der Augen hatte, konnte die polnischen Forderungen mit großen

Buchstaben auf umhergetragenen Tafeln lesen. Und diese verkündeten, daß wir ein Polen mit eigener Küste und mit Danzig wollen, wo aus allen polnischen Ländern Polen, ein unteilbares und unabhängiges Polen entstehen soll, wie es war und wie es sein muß, wenn ein dauerhafter Frieden im Osten Europas anbrechen soll.

„Stadt Danzig einst unser, wird unser sein!“ Ohne dies würde Polen wie ein Haus ohne Kiegel sein. Und vielmehr wie ein Haus, das eine fremde Hand hält. Und dazu eine feindliche Hand.

Danzig ist unser. Nicht allein deswegen, daß es geographisch zu Polen gehört und darauf angewiesen ist, nicht allein deswegen, daß es für Polen durchaus und unabweisbar notwendig ist, sondern vor allem deswegen, daß wir ein Recht darauf haben, das kein gewaltsamer Raub, kein Beschluß ändern und vernichten kann.

Die Stadt entstand nach polnischer Überlieferung in der Frühzeit unserer Geschichte. Erst im Jahre 1309 stahlen sie uns die Kreuzritter und behielten sie anderthalb Jahrhunderte, in schrecklicher Weise die dortige Bevölkerung bedrückend. Sie ergab sich freiwillig, gutwillig und freudig dem polnischen Könige, und von da ab blieb Danzig drei Jahrhunderte bei Polen. Und obgleich Deutsche sie in beträchtlichem sehr vielmehr überwiegendem Maße bewohnten, wehrten sie sich mit bewaffneter Hand gegen den König von Preußen, der bei der zweiten Teilung unseres Vaterlandes in ihren unrechtmäßigen Besitz kam.

Es gehört sich daher, daß jetzt, wo nach dem furchterlichen Kriege ein Gerechtigkeitsfriede kommen soll, der Friede wieder gutmachen muß auch die in der Vergangenheit durch gekrönte Straßenräuber, die sich weder vor Geld, noch vor den Menschen, noch vor den Flügen ganzer Geschlechter fürchteten, ausgeführten Schuftigkeiten, es gehört sich, daß den Urenkeln der damaligen Wortbrecher und Diebe die unrechtmäßige Beute abgenommen und dem rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben wird. Wenn es anders kommen sollte — was uns aber nicht einen Augenblick ernsthaft in den Kopf will — wäre das nichts anderes als die Legalisierung der Ge-

walt und Räuberei, als der Anreiz zu ähnlichen Taten in der Zukunft. Es wäre das eine absolut und rücksichtslos unmoralische Tat und durchaus gefährlich für die zukünftige friedliche Entwicklung Europas. Denn kein Pole könnte jemals auf Danzig verzichten, im Gegenteil müßte Polen mit allen Kräften, standhaft und andauernd, danach streben, ein so wichtiges Eigentum wieder zu gewinnen. Und es ist zu sehen, welches die Früchte eines derartigen Strebens sind. Betrachten wir sie eingehend. Dieser Krieg entstand eigentlich als Folge der Vergewaltigung der Lebendigsten und ernstesten Rechte einzelner Völker. Und selbst seine unmittelbare Ursache steht vor solch einer Vergewaltigung. Wir wissen, daß er in Serbien begann, dem beständig der Zugang zum Meer verwehrt wurde, und das, wenn es leben sollte, den Zugang erhalten mußte. Kann es in der Welt irgend einen verständigen Menschen geben, der glauben sollte, daß Polen, das soviel größer ist, soviel vorgeschrittener und soviel mächtiger ist als Serbien, sich vom Meer abschneiden lassen würde? Daß es sich mit einem elenden Weichselweg, mit einer internationalisierten Eisenbahn und einem garantierten Verträge, den der hochmütige Deutsche früher oder später für einen Fexen Papier, den Schilling nicht wert, erklärt, zufrieden geben wird? Nein. Polen gibt sich damit nicht zufrieden und kann sich damit nicht zufrieden geben. Polen muß und wird einen freien und sicheren Zugang zum Meer haben. Und solchen gesicherten Zugang kann ihm nur eine eigene Küste geben.

Gewiß. Danzig ist heute leider zu neun zehnteln eine deutsche Stadt. Das polnische Element ist dort nur schwach vertreten. Das bewirkte die schändliche deutsche Ausrottungspolitik. Aber erinnern wir uns, daß die nächste Umgegend Danzigs polnisch ist. Erinnern wir uns, daß die Deutschheit Danzigs im staatsrechtlichen Sinne des Wortes künstlich und unnatürlich ist.

Dafür, daß Danzig bei Deutschland bleibt — und wie dies ohne Vergewaltigung der Rechte der es umgebenden polnischen Bevölkerung geschehen kann, sagen die Deutschen nicht — erklären sich nur die Salafisten.

Die verständige Danziger Bevölkerung, die Danziger Kaufleute blasen unter dem habsburgischen Terror in dasselbe Horn. Möge nur die Friedenskonferenz uns Danzig zuerkennen, und die Welt wird sich bald überzeugen, daß die alten polnischen Traditionen neu aufleben. Und sie leben um so sicherer und so früher auf, je früher sich die Danziger überzeugen, daß sie bei der Vereinigung mit den Polen ein gutes Geschäft machen und nicht den mindesten Abbruch an ihrer Nationalität erleiden.

Wir Polen denken nicht daran, die Danziger zu bedrücken. Wir werden ihnen alles geben, was ihnen gehört. Sprache, Kultur, nationale und Selbstverwaltungsrechte werden keine Veränderung erfahren. In Gottes Namen mögen sie weiter Deutsche bleiben. Kein Pole streckt die Hand nach fremdem Gut aus, sei es moralisch, sei es materielles. Aber mit Polen, mit dem Anschluß an Polen müssen sie sich befreunden und werden sie sich befreunden. Daß es so sein wird, dafür liefert die Geschichte genügend Beispiele. Es liefert sie auch die Gegenwart, wenn auch nur ein Zeugnis der Vertreter der Deutschen im Warschauer Reichstag.

So sehen wir mit jedem Gedanken in die Zukunft.

Wir glauben nicht allein, daß Danzig Polen zuerkannt wird, sondern wir glauben auch, daß es sich in nicht zu langer Zeit mit seinem Schicksal zufrieden geben wird, und wieder das werden wird, was es während seiner ganzen langen polnischen Vergangenheit war, eine der treuesten Städte unserer ruhmreichen Republik.

„Stadt Danzig wird unser, wird wieder unser!“

Die polnische Presse zeigt sich jetzt nach dem Spaacer Abkommen nicht mehr ängstlich bemüht, die Hoffnungen und Erwartungen zu enthüllen, den der polnische Imperialismus an die beabsichtigte Landung der Haller-Armee in Danzig geknüpft hatte. Enttäuschung und Wut, aber auch Ansporn zu weiterer Hoffnungsfreudigkeit, sogar Hinweis auf Selbsthilfe und versteckte Drohung spiegelt sich in ihren Artikeln wider. Aus allem klingt das Leitmotiv: Die Haller-Armee sollte Danzig polnisch werden lassen, es ist

vorderhand nicht gelungen, doch noch ist keineswegs alle Hoffnung vorbei!

Am zuversichtlichsten ist dabei „Goniec Wielkopolski“ (Posen) vom 5. d. M.: „Noch etwas Geduld, denn unsere Angelegenheit ist bereits gewonnen. Der größte Teil der Mächte ist auf unserer Seite und auch unser gutes Recht.“ (Das erste Argument scheint das stärkere zu sein!) In Nr. 82 vom 8. d. M. hofft dasselbe Blatt, daß die inneren Schwierigkeiten Deutschland außerstandsetzen werden, den Transport der Haller-Armee quer durch das Land zu bewerkstelligen. Dann muß die Armee doch über Danzig kommen. Die Zeitung fährt fort: „Übrigens — d. h. wenn letzterer Fall wider Erwarten nicht eintreten sollte — ist die Sache Danzigs, obwohl die Deutschen triumphieren, daß es deutsch ist und bleiben muß, noch keineswegs erledigt — diese Frage wird durch den Friedensvertrag mit oder ohne die Deutschen entschieden werden!“

Der „Wielkopolanin“ in Posen — Nr. 82 vom 8. d. M. — findet mit dem vorläufigen Verzicht auf die Landung in Danzig auch das polnische Besitzrecht ernstlich bedroht:

„Es bedeutet zwar nicht, daß die Angelegenheit Danzigs endgültig zu unseren Ungunsten entschieden ist, man darf sich aber nicht täuschen, daß Danzig für uns nicht nur in erster, sondern sogar in sehr erster Weise bedroht ist!“

Interessant ist die folgende Schlussbemerkung des Blattes auch in einer anderen Beziehung:

„Weiterhin ist das eine diplomatische Niederlage Frankreichs. . . Schließlich zeigt es sich, daß die Politik des polnischen Obersten Volksrates eine Politik der Täuschungen gewesen ist. Der politische Instinkt des Volkes erfährt die Lage besser als die optimistische und dabei unentschlossene Politik des Obersten polnischen Volksrates. . .!“

„Drendownik“ (Posen) — Nr. 82 vom 8 d. M. — bedauert den Umschwung in der Danziger Angelegenheit, der ein Erfolg der deutschen Diplomaten sei und die öffentliche Meinung in Polen ernstlich beunruhige. Die Armee Haller komme zwar doch nach Polen, doch müsse die Regierung ihre Wachsamkeit verdoppeln. Wie das Blatt dies

meint, geht aus einem Leitartikel in der Nr. 81 hervor, der in nicht mißzuverstehender Weise „Das letzte Argument“ überschrieben ist. Ultima ratio, der Appell an die Waffen, „nichtsdestoweniger müssen wir uns die ewige Wahrheit vor Augen halten, daß nur in eigener Kraft und in dem Bewußtsein, sich die Bedingungen eines Daseins auszukämpfen, daß sich mit unseren Bedürfnissen vereinbaren läßt, die Hauptunterlagen unserer staatlichen und nationalen Zukunft enthalten sind“.

Die Krönung des ganzen bildet der in Nr. 82 des „Goniec Wielkopolski“ vom 8. d. M. enthaltene Aufruf des Kommissariats des Obersten polnischen Volksrates, der zu der Lösung der Danziger Frage Stellung nimmt. Über das Schicksal Danzigs sei damit noch nicht entschieden. „Nicht nur unsere historischen Rechte sprechen für uns, nicht nur der unerschütterliche Wille des Volkes, sondern auch der bisher (?) starke Glaube an unsere Verbündeten, mit denen vor einer Woche der Landtag in Warschau einstimmig einen Bund auf Leben und Tod eingegangen ist.“ Die Hauptsache bleibe zunächst, daß die so dringend benötigten Truppen des Generals Haller kommen. Danzig müsse auf jeden Fall polnisch werden. „Hoch die Herzen, denn es sollen die Truppen Hallers kommen!“

„Goniec Wielkopolski“ (Posen) Nr. 86 vom 12. 4. Demission Lloyd Georges. Warschau. (P. N. L.) Der gestrige „Przeshad Wic-zoray“ läßt sich aus Paris von seinem eigenen Korrespondenten berichten:

General Haller, wie ich aus vollständig authentischer Quelle erfahre, ist stark unzufrieden mit dem Beschluß, daß seine Truppen nicht über Danzig nach Polen reisen sollen. Die ganze französische Presse ohne Ausnahme, wirkt den alliierten Regierungen die Verhandlungen in Spaa vor und sieht darin den Beweis augenscheinlicher Schwachheit der Entente. Nicht anders verhält sich die englische Presse, die außerdem den Ministerpräsidenten Englands, Lloyd George, sehr stark angreift. Lloyd George wird gezwungen werden, sein Abschiedsgesuch einzureichen und zurückzutreten.

Die Pariser Bevölkerung hat Herrn Paderewski ohne Unterschied der Partei und der Stände als den Chef der polnischen Regierung mit nie dagewesenen Enthusiasmus begrüßt.

„Postop“ (Posen) Nr. 86 vom 12. 4. 19.

Unter der Überschrift „Der Stand der polnischen Frage“ bringt die Zeitung verschiedene Pressestimmen. Darunter schreibt sie u. a.:

Oberst Lonsson schreibt im „Petit Journal“ in Sachen Danzigs: Ein großer Schritt vorwärts wird in den Tagen gemacht werden, in welchen die Friedenskonferenz endlich verstanden haben wird, daß es unmöglich ist, nach dem Nationalitätenprinzip in dem Teil Europas, welcher von gemischter Bevölkerung bewohnt wird, Grenzen zu bestimmen, und daß es ihre Pflicht ist, ein starkes Polen zu schaffen.

„Lech“ (Gnesen) Nr. 86 vom 12. 4. 19.

In Sachen Danzigs gibt die Zeitung verschiedene Pressestimmen an und sagt u. a. zum Schluß: „Man muß noch auf einen Satz aufmerksam machen, der sich in der französischen Note des Generals Nudant vom 28. März an Erzberger befindet. Man spricht dort von der Genehmigung einer Überführung der interalliierten Armee des General Haller, welche nach Polen geht, nur um „dort die Ordnung aufrecht zu erhalten“. — Was soll das heißen? fragt die Zeitung, wir können doch nicht für einen Augenblick annehmen, daß die Truppen des General Haller dem Vaterlande mit solchem Vorbehalt zurückgegeben werden.

Die Frage der Zukunft Danzigs ist in Spaa nicht endgültig erledigt worden. Wir erinnern uns an die Worte der Deklaration, mit welcher die Kongreßmission kaum vor einer Woche Polen anerkannt hat. Das polnische Volk hat von seiten der Entente-regierungen sowie der mit ihnen verbundenen Mächte ein formelles Versprechen erhalten, daß es einen Zutritt zum Meere erhalten wird und niemand kann an der vollständigen Verwirklichung dieses Versprechens zweifeln.

„Dredownik“ (Posen) Nr. 85 vom 11. 4. 19.

Der Ministerpräsident Paderewski über die polnische Lage. (P. N. L. = Habas.)

Während seiner Reise erklärte Paderewski dem Vertreter der Agentur Havas, daß er ca. 15 Tage in Paris bleiben will, da die jetzige Lage Polens nicht seine Anwesenheit durchaus verlange. Mit Rücksicht auf die äußerste Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung, sagte Paderewski, würden alle ungünstigen Nachrichten über irgendwelche Vorkommnisse im Lande starken Widerhall haben, und sofort ausgenutzt werden seitens der Opposition gegen diejenigen, die zusammen die jetzige Ordnung der Dinge verteidigen. Unser grundsätzlichen Forderungen bezwecken Danzig zusammen mit der Seeküste, das Teschener Schlesien und Lemberg an Polen anzugliedern. Der Besitz Danzigs ist für uns eine Existenzfrage, da ohne diese Stadt der Zutritt Polens zum Meer erstickt würde. Die Geschichte beweist, daß zwischen Polen und Deutschland kein dauerndes Kondominium existieren könne. Man muß also diese Frage klar erledigen und Danzig vollständig der einen oder der anderen Partei übergeben. Die Gerechtigkeit fordert, daß man Polen das zuerkennt, was während vergangener Jahrhunderte sein Eigentum gewesen ist. Polen würde die Aussicht, daß die Gebiete unter fremde Herrschaft kommen, welche mit Herz, Mund und Vergangenheit verbunden sind mit dem Mutterlande und immer nur in der Hoffnung auf einen Befreiungskrieg lebten, welchen alle polnischen Dichter prophezeiten, nicht ertragen. Das polnische Volk befand sich bis zum jetzigen Moment ständig in patriotischer Wallung, die sich heute in gefährliche Zweifel umwandeln könnte, wenn nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gingen, zu welchen Polen durch seine Leiden, Tapferkeit und gehalten Bemühungen und Opfer berechtigt ist. (Wessen Tapferkeit verdankt eigentlich der neue Polenstaat sein Leben? Anm. d. Red.)

Eine wertvolle Ergänzung für das Verständnis der Pariser Verhandlungen über die Danziger Frage bildet nachstehender Berichtsbericht (vom 20. März) des „Kurjer Warszawski“ (nach Krz.-Ztg. 156 v. 5. April).

Cambon: „Wir müßten Polen nicht nur diese Meeresküste zusichern, sondern gleichfalls einen gewissen Zugang zu ihr in wirtschaftlicher und strategischer Hinsicht.

Daher liegt die unbedingte Notwendigkeit vor, innerhalb der Grenzen der polnischen Gebiete Landstriche einzuschließen, die durch eine verhältnismäßig zahlreiche Bevölkerung deutscher Nationalität bewohnt werden. Vor allen Dingen hat die Kommission für polnische Angelegenheiten einstimmig für notwendig erkannt, dem neuen Staate Marienwerder anzuschließen. Es ist dies ein wichtiger Punkt, der den Flußlauf der Weichsel beherrscht; seine Überlassung an die Deutschen würde der Überlassung der Kontrolle über die Verkehrslinien Polens an sie gleichkommen.“

Lloyd George: „Nach der durch die Kommission für polnische Angelegenheiten vorgelegten Karte wird der polnische Staat fast zwei Millionen Bevölkerung deutscher Nationalität umfassen. Ich bin genötigt, die Aufmerksamkeit des Obersten Rates dringend auf die Gefahr zu lenken, mit der eine solche Lösung in der nahen Zukunft drohen wird. Wir werden auf diese Weise mit einem Male den deutschen Irredentismus in Polen schaffen, einen doppelten Irredentismus seitens der Deutschen, die Ostpreußen bewohnen und von der Mark Brandenburg losgerissen sind, sowie selbstverständlich auch unter denjenigen, denen die polnische Staatszugehörigkeit mit Gewalt aufgezwungen werden würde.“

Cambon: „Ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, daß der Beschluß, über den ich berichte, einstimmig durch alle Mitglieder der polnischen Kommission gefaßt ist, die fünf große Mächte vertreten. Wir haben diese Frage allseitig geprüft. Nach unserer Ansicht wäre es ganz ungerecht, die Anwesenheit einer gewissen Anzahl von Deutschen im polnischen Gebiete als entscheidend für die Bestimmung der zukünftigen Staatsgrenzen anzusehen. Lassen sie uns nicht vergessen, daß sich diese Deutschen infolge der Immigrations- und Ansiedlungspolitik Preußens in den geschichtlichen polnischen Gebieten befinden. Die Anerkennung ihrer Rechte auf dieses Gebiet wäre die Anerkennung einer geschichtlichen Gewalttat.“

Lloyd George: „Man muß mit der vollendeten Tatsache rechnen, und daher bestehe ich bei dem Gedanken, Polen die

Weichsel und die Eisenbahnlinie Thorn—Danzig auszuliefern, ohne eine Annexion der durch deutsche Bevölkerung bewohnten Gebiete."

Marshall Foch: „Meine Pflicht ist es hier, den militärischen Gesichtspunkt zu verteidigen. Wenn die Deutschen in einigen Jahren Polen überfallen — wer wird es verteidigen? . . . (Stillschweigen unter den Versammelten.) Ich glaube, ich zweifle sogar nicht daran, daß Frankreich dem verbündeten Volke zu Hilfe eilen wird, aber ehe diese Hilfe kommt, muß Polen die Möglichkeit haben, sich selbst zu verteidigen. Meine Herren, die strategische Schwächung des zukünftigen Polens wäre unsererseits ein riesiger Fehler. Es ist notwendig, daß sich der Weg Danzig—Warschau stets in polnischer Hand befindet. Seine Garantieung durch Verträge hat im Falle des Kriegsausbruchs nicht den geringsten Wert. Ein anderer Vorschlag, als der durch die Kommission für polnische Angelegenheiten einmütig beschlossene ist nicht anzunehmen. Es ist nötig, daß Polen seinen Korridor nach Frankreich mit Gewalt verteidigen kann."

Präsident Wilson: „Die Beschlüsse der Kommission für polnische Angelegenheiten

stehen bis zu einem gewissen Grade im Gegensatz zu meinen allgemeinen Grundsätzen und Anschauungen. Ich gebe es jedoch zu, daß es eine andere Lösung dieser Frage nicht geben kann. Daher erkläre ich auch, daß ich der Ratifizierung dieses Vorschlages im Namen der Vereinigten Staaten zustimme."

Lloyd George: „Ich schlage jedoch vor, daß vor der Annahme des endgültigen Beschlusses die Kommission für polnische Angelegenheiten ihre Beschlüsse einer neuen Prüfung unterzieht im Sinne der hier durch mich angeführten Bemerkung."

Clemenceau: „Herr Cambon, wieviel Zeit würde die Kommission zur Sichtung und endgültigen Abfassung ihres Berichtes gebrauchen?"

Cambon: „Die Kommission hat den heute vorgelegten Bericht als endgültig aufgefaßt. Eine Sitzung wird genügen, um die durch den Obersten Rat gemachten Bemerkungen und Vorschläge zu diskutieren."

Clemenceau: „Wir bitten die Kommission also, einen wiederholten Bericht vorzulegen. Indessen werden wir uns der endgültigen Resolution enthalten."

Kleine Nachrichten

Die Armee Gallers. Die Truppen des Generals Gallers setzen sich aus folgenden drei Bestandteilen zusammen: 1. Polen, die aus der französischen Armee ausgeschieden sind, 2. Polen, die sich als österreichische Kriegsgefangene in Italien befanden, 3. Polen, die aus dem englischen und besonders amerikanischen Heere durch Demobilmachung ausgeschieden sind. Bis jetzt sind fertig gebildet die erste, zweite und dritte Infanteriedivision und ein Kavallerieregiment. Mindestens die doppelte Zahl von Divisionen ist in der Bildung begriffen. Diese Truppen befanden sich bisher in der Gegend von Bayonne (Meurthe et Moselle). Zu den polnischen Truppen kommt noch schwere Artillerie mit französischen Mannschaften in polnischer

Uniform. Die Franzosen haben sich in jeder Hinsicht eine ausschlaggebende Stellung gesichert; alle höheren Kommandostellen vom Oberstleutnant an aufwärts sind mit Franzosen besetzt. Die Stärke der Gallerschen Armee ist auf etwa 35 000 Mann zu veranschlagen, davon sind die Hälfte amerikanische Polen (nach neueren Nachrichten mehr).

Polnische Annäherung. Der polnische Volkstrot der Stadt Posen sandte an den Präsidenten Wilson ein Telegramm, in dem es u. a. heißt:

„Die Stadt Danzig gehörte bis zum Jahre 1793 zu Polen und seine Bevölkerung sah immer in der Zugehörigkeit zu Polen die Gewähr für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung. Wir sind überzeugt, daß auch

die jetzige friedliche Bevölkerung Danzigs mit Ausnahme einiger eingewanderter Chauvinisten nur von dem Anschluß an das tolerante Polen eine glückliche Zukunft für die Stadt erhoffen kann. Berücksichtigt man ferner die Lage Danzigs in einer ethnographisch unbestreitbar polnischen Gegend, dann muß als ausgeschlossen gelten, daß der Anschluß Danzigs an Polen eine deutsche Irredenta zur Folge haben könnte. (Das herzige Vertrauen auf die Gutmütigkeit des deutschen Michels steht in scherzhaftem Gegensatz zu der sonst von den Polen stets behaupteten Boshaftigkeit und Hinterhältigkeit der Deutschen. (Anm. d. Red.) Wie Polen sich nicht in der wünschenswerten Weise entwickeln kann, wenn ihm Danzig vorenthalten bleibt, so ist auch für die Entwicklung Danzigs, das an der Mündung der polnischen Weichsel liegt, eine enge Verbindung mit Polen Voraussetzung. Für Preußen, das an der Ostsee

und an der Nordsee mehrere Häfen besitzt, ist die Beibehaltung Danzigs keine Lebensfrage, Polen aber müßte, wenn ihm jetzt der einzige natürliche Zugang zum Meere vorenthalten wird, immer danach streben, daß dieses ihm angetane Unrecht wieder gutgemacht werde. Unsere berechtigten Ansprüche auf einen Zugang zum Meer können durch eine halbe Lösung dieser Frage nicht zum Schweigen gebracht werden. Darum — und weil Polen unbedingt eine unmittelbare von jeder fremden Macht unabhängige Verbindung mit den Demokratien des Westens haben muß — haben wir das feste Vertrauen, daß Sie, Herr Präsident, dem berechtigten Verlangen Polens nach dem Besitz einer eigenen Küste mit Danzig Ihre Anerkennung nicht versagen werden.“

Ein Telegramm mit gleichem Inhalt wurde von dem polnischen Volksrat auch an Lloyd George gesandt.